

„Wir müssen die Buschzulage wieder einführen“

Der Kulturraum-Erfinder Matthias Theodor Vogt über das Ausbluten der Mittelstädte und den Frust der Menschen dort

21.01.2015



Metropole oder Kaff? Das Leben ist anderswo, sagt der Görlitzer Kulturwissenschaftler Matthias Theodor Vogt. Nur habe die Politik keinen Blick dafür. Foto: Amac Gar

Ist unsere Demokratie stabil genug, um die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft auszuhalten? Angesichts der fundamentalen Angriffe der Pegida-Bewegung auf das politische System stellt sich diese Frage erstmals seit vielen Jahren wieder. Der Görlitzer Professor für Kulturpolitik Matthias Theodor Vogt hat dazu eine Studie verfasst, die von der Sächsischen Staatskanzlei unterstützt wurde. Er untersucht die Belastbarkeit gesellschaftlicher Strukturen in den kleineren und mittelgroßen Städten Sachsens. Das Schlüsselwort heißt „Resilienz“ und ist der Werkstoff-Forschung entlehnt. Im Flugzeugbau bedeutet Resilienz die Festigkeit bei gleichzeitiger Flexibilität eines Materials. Vogts Befund ist alarmierend: Abseits der Metropolen fehlt es an gebildeten Bürgern, die tragende Säulen einer liberalen Zivilgesellschaft sein könnten. Im Interview mit der SZ schlägt er auch Gegenmittel vor.

Herr Vogt, laut Pegida sprechen Sie gerade mit der „Lügenpresse“. Warum geben Sie uns ein Interview?

Weil die Zeitung ein Ort ist, an dem wichtige kulturelle, gesellschaftliche und politische Themen behandelt und verhandelt werden. Und das nicht nur in der Landeshauptstadt Dresden, sondern in vielen mittelgroßen und kleinen Städten im sogenannten ländlichen Raum.

Ist das nicht selbstverständlich?

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass Menschen in kleineren Städten abseits der Metropolen noch öffentliche oder halb-öffentliche Räume finden, in denen sie über das Leben um sich herum, im Großen wie im Kleinen, angeregt debattieren oder auch nur kultiviert kommunizieren können. Eine Zeitung mit so vielen Lokalausgaben hat durchaus diese Funktion.

Aber in der Stadt ist doch immer mehr los als auf dem Land ...

Wir haben noch immer Bilder von Stadt und Land im Kopf, die völlig überholt sind. Mein Sohn sollte heute einen Aufsatz zu der Frage schreiben, ob er lieber in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Die Illustration zeigte eine Industriestadt mit Hochhäusern und Schornsteinen einerseits, einen Kirchturm mit Kuhweide andererseits. Aber die weitaus meisten Menschen in der Bundesrepublik wohnen weder in einer Metropole mit mehr als 500 000 Einwohnern noch in einer Landgemeinde mit weniger als 5 000 Einwohnern, sondern irgendwo dazwischen.

Ist das ein Problem?

Nein, ein Problem ist, dass wir uns an falschen Leitbildern orientieren. Das führt dazu, dass die Politik die Lebenswirklichkeit einer Mehrzahl der Menschen im Land aus dem Blick verliert. Beim demografischen Wandel geht es nicht nur um eine schrumpfende, alternde Bevölkerung. Es geht um einen Verlust an Lebensqualität und Strukturen, die für eine Zivilgesellschaft wichtig sind, wo Bürger selbst ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten und prägen.

Dafür hat sich vor allem Kurt Biedenkopf als erster Ministerpräsident eingesetzt – und fand es doch auch schmeichelhaft, als König Kurt verehrt zu werden. Was hätte die Politik seit 1990 in Sachsen besser machen können?

Die Staatsregierung hat unter Biedenkopf sehr effektive und effiziente Strukturen in Verwaltung und Politik aufgebaut. Aber sie hat die Gesellschaft und den Staat gewissermaßen nur in technischer Hinsicht modernisiert und dabei aus dem Blick verloren, dass Menschen ganzheitlich denken, fühlen und handeln. Es war grundsätzlich richtig, die sogenannten Wachstumskerne oder Leuchttürme zu bilden und zu stärken. Während aber in den 90er-Jahren, als die Landräte noch zahl- und einflussreicher waren,

die Balance zwischen den Städten und den ländlichen Gebieten gesucht wurde, sind die ländlichen Räume immer mehr aus dem Blick geraten. Das sehen Sie beispielsweise an der Mittelzuteilung für die Kommunen. Die Mainstream-Ideologie, dass über kurz oder lang sowieso alles großurbanisiert wird, ist so stark, dass die Politik dieses Schwarmverhalten eigentlich nicht noch mit Investitionsanreizen untersetzen müsste. Wer vertritt denn die Interessen jener 69 Prozent der sächsischen Bürger außerhalb der Wachstumskerne, deren Lebensqualität und zivilgesellschaftliche Strukturen durch Abwanderung jetzt systematisch bedroht sind? Und wo ist das ganzheitliche Konzept für eine gezielte Stärkung des Landkreisraumes?

Immerhin hat Sachsen durch das von Ihnen mit entwickelte Kulturraumgesetz viel Kultur in den Mittelstädten halten können. Dennoch sind Zigtausende in den Westen abgewandert.

Hier setzt mein Resilienzkonzept an. Die Kulturräume sind wichtig, aber Theater allein machen noch kein interessantes urbanes Leben aus. Urbanes Flair entsteht erst mit interessanten und engagierten Menschen. Hier beißt sich die Katze gern in den Schwanz. Wir haben für unsere Studie untersucht, wohin die Abiturienten in der Lausitz nach dem Abschluss der Schule gehen. Das Ergebnis ist bedrückend. In Spremberg verlassen neun von zehn Frauen nach ihrem Abitur die Region und kommen nicht zurück. Bei den Männern ist der Anteil niedriger, weil Männer in der Region eine besser vergütete Arbeit finden als Frauen. Aber wenn 90 Prozent der Frauen mit Abitur ihre Heimat verlassen, bringen sie auch ihre Kinder in den Großstädten zur Welt, und der Verlust für die Mittel- und Kleinstädte potenziert sich.

Braucht man Abitur, um eine demokratische Zivilgesellschaft zu gestalten?

Nein, eine bessere Bildung macht keine besseren und engagierteren Menschen. Aber als Wissenschaftler sind wir auf Daten angewiesen, wie sie uns Statistiken liefern. Und die besagen, dass es meist Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen sind, die in einer Stadt Initiativen anstoßen und sich engagieren. Wenn es die immer weniger gibt, gehen den Kommunen im ländlichen Raum die Kapitane verloren.

Was kann Politik dagegen tun?

Ganz konkret: Buschzulagen einführen. Das war der despektierliche Ausdruck für finanzielle und ideelle Anreize für gut ausgebildete Fachkräfte, in Ostdeutschland neue Strukturen aufzubauen.

Und wer, bitte, soll heute noch eine „Buschzulage“ erhalten?

Wir haben für die Resilienzstudie beispielhaft die Situation zweier Lehrer verglichen. Eine Frau, ein Mann, 28 Jahre alt, haben in Dresden gemeinsam studiert. Nun stehen zwei Arbeitsplätze zur Wahl: einer in Dresden-Laubegast und einer in Weißwasser. Derjenige, der nach Weißwasser geht, wird einige Nachteile in Kauf nehmen. Will er seine Studienfreunde treffen, muss er 115 Kilometer weit und 1,27 Stunden lange fahren. Er wird sich von seinen Studienfreunden auch Lästereien anhören müssen, was er denn ausgerechnet in Weißwasser mache. Obwohl die Miete in Weißwasser billiger ist, hat er von seinem Einkommen deutlich weniger netto als der Kommilitone, der in Dresden arbeitet. Und er hat weniger freie Zeit übrig. Wenn der Pressesprecher des Kultusministeriums sagt, dass sich die Lehramtsbewerber mit Händen und Füßen gegen ein Unterrichten außerhalb der Metropole wehren, hat dies auch objektive Gründe, ganz abgesehen vom schlechten Image mittlerer Städte unter jüngeren Akademikern. Beides ist gleichermaßen fatal.

Und das wollen Sie mit Geld aufwiegen?

Warum nicht? Wenn ich möchte, dass gute Leute in kleineren Städten leben, arbeiten und sich am besten dort mit ihren Fähigkeiten engagieren, dann sollte mir das auch einen finanziellen Anreiz wert sein. Aber auch einen ideellen. Wenn man diesem Lehrer noch ein Budget gibt und sagt: An einem Tag pro Monat kannst du mit deinen Schülern machen, was du für wichtig hältst, dann bietet das zusätzlichen Freiraum. Das ist sehr reizvoll. Wenn er mit seinen Schülern Exkursionen zum Reichstag in Berlin, zu den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden oder zum Sejmek nach Breslau unternehmen kann, dann wird sich auch bald sein Status ändern: Mensch, was du in der Provinz alles machen kannst! Das sind zwei einfache Methoden, um das Leben in kleineren Städten deutlich attraktiver zu machen.

Das ist der öffentliche Dienst ...

Das ist das, was wir politisch organisieren können. Wir erreichen damit, dass das Denken seine Richtung ändert. Wir brechen aus dem alten Stadt-Provinz-Schema aus. Damit kann die Politik in die Rolle eines Initiators in einer Zivilgesellschaft schlüpfen: Es werden sich andere mit ähnlichen Initiativen anschließen. Japan zeigt, dass sich die scheinbar schicksalhafte Abwärtsspirale durchbrechen lässt.

Das klingt verschwenderisch: Gutes tun, ohne aufs Budget zu achten.

Mein konkreter Vorschlag ist, eine Art Resilienz-Fonds mit etwa fünf Millionen Euro jährlich für den Freistaat einzurichten. Damit könnten wir wesentlich dazu beitragen, dass die ländlichen Räume neue Impulse über neue Menschen erhalten. Wir müssen lernen, Sachsen als Ganzes zu betrachten. Das ist derzeit noch nicht der Fall.

Das Gespräch führte Frank Seibel.

<http://kultur.org/srms>

